

# STADT NORDEN

## Protokoll

über die Sitzung des Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschusses (07/UEV/2018)  
am 29.01.2018  
im Sitzungszimmer des Rathauses

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

### Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Durchführung der Einwohnerfragestunde 1. Teil
7. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschusses am 07.11.2017  
**0397/2017/FB3**
8. Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Bericht der Geschäftsführung
9. Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrsnetzes, Vorstellung der Initiative "Mitfahrerbank in Norden".  
**0423/2018/3.3**
10. Straßenerhaltung in der Stadt Norden;  
Sanierung von Fahrbahnoberflächen an Gemeindestraßen  
**0406/2018/3.3**
11. Haushalt 2018; Teilhaushalt 3 für die Produkte des FD 3.3 - Umwelt und Verkehr  
**0415/2018/3.3**
12. Benennung von Straßen, Wegen, Brücken und Plätzen;  
Zuwegung zum Parkfriedhof Zingel  
**0404/2017/3.3**
13. Dringlichkeitsanträge
14. Anfragen, Wünsche und Anregungen
15. Durchführung der Einwohnerfragestunde 2. Teil
16. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

**zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)**

Bürgermeister Schmelzle begrüßt um 17.00 Uhr die Anwesenden und erklärt, dass er am Vormittag die Mitteilung erhielt, dass sowohl der Ausschussvorsitzende Herr Hinrichs als auch sein Stellvertreter Herr Placke verhindert sind. Unter Hinweis auf § 71 des Nieders. Kommunalverfassungsgesetzes und §§ 19 und 3 der Geschäftsordnung des Rates pp. erläutert er, dass der Ausschuss unter dem Vorsitz des ältesten anwesenden hierzu bereiten Ausschussmitgliedes für die Dauer der Verhinderung des Vorsitzenden, somit in diesem Fall für die Dauer der Sitzung, einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende wählt. Bürgermeister Schmelzle fragt Ratsherrn Julius als ältestes anwesendes Ausschussmitglied, ob er dazu bereit ist. Dieser stimmt zu. Auf die Frage, ob er auch bereit ist, die Leitung und somit den Vorsitz für die gesamte Sitzung zu übernehmen, stimmt Ratsherr Julius ebenfalls zu. Der Ausschuss nimmt den Vorschlag einstimmig an.

Sodann begrüßt Vorsitzender Julius die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Vorsitzender Julius gibt bekannt, dass Ratsherr Placke von Ratsfrau v. Gerpen und Ratsherr Hinrichs von Ratsherrn Wimberg vertreten wird.

Sodann stellt Vorsitzender Julius die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen**

Dringlichkeitsanträge liegen zur Aufnahme in die Tagesordnung nicht vor. Einwände gegen die bestehende Tagesordnung werden nicht erhoben. Vorsitzender Julius stellt somit die vorliegende Tagesordnung fest.

**zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen**

Keine.

**zu 5 Bekanntgaben**

Herr Kumstel gibt Folgendes bekannt:

1. Der Fachdienst Umwelt und Verkehr ist einer Anregung aus der Sitzung vom 07.11.2017 gefolgt und hat im November 2017 für eine Woche in der Baumstraße eine Geschwindigkeitsmessung (Smiley) durchgeführt.
2. Der Hauptaktionstag der diesjährigen Müllsammelaktion ist der 17. März 2018. Angesprochen werden die Ortsvorsteher, Schulen, Kindergärten und Vereine. Als Belohnung winken ein Verpflegungsgeld der Stadt Norden in Höhe von 3 € je Teilnehmer, der Umweltgroschen des Landkreises und eine Ocean-Wave-Freikarte.

Die Teilnehmerzahl steigt stetig an. Waren es im Jahr 2015 noch 2348 Teilnehmer, konn-

ten 2017 bereits 2745 Teilnehmer verzeichnet werden. Aus Sicherheitsgründen werden alle Teilnehmer mit einer Warnweste ausgestattet. Das Tragen der Warnwesten ist Pflicht.

**zu 6 Durchführung der Einwohnerfragestunde 1. Teil**

Es werden keine Fragen vorgetragen.

**zu 7 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Umwelt-, Energie- und Verkehrsausschusses am 07.11.2017  
0397/2017/FB3**

Es ergeht folgender Beschluss:

**Das Protokoll wird genehmigt.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>7</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>2</b>

**zu 8 Wirtschaftsbetriebe der Stadt Norden GmbH; Bericht der Geschäftsführung**

Herr Schlamann, Geschäftsführer der WBN, trägt zu den Themen Elektromobilität in der Stadt Norden und Quecksilberfreies Norden 2019 vor. Die Präsentation ist dem Protokoll (online) beigefügt.

**zu 9 Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrsnetzes, Vorstellung der Initiative "Mitfahrerbank in Norden".  
0423/2018/3.3**

**Sach- und Rechtslage:**

Die SPD-Fraktion hat den in der Anlage beigefügten Antrag vom 11.01.2018 gestellt und ausführlich begründet. Mit der Umsetzung der beschriebenen Maßnahmen soll eine Ergänzung des öffentlichen Nahverkehrsnetzes geschaffen, die Mobilitätssouveränität der Bevölkerung erhöht und eine „Brücke“ zum Umland gebildet werden.

Seitens der SPD-Fraktion wurde darum gebeten, den Initiatoren der Initiative „Mitfahrerbank in Norden“, Herrn Dipl. Ing. Lutz Müller und Herrn Florian Kaiser, die Möglichkeit zu bieten, den aktuellen Sachstand ihrer Arbeit zum besagten Thema im Umwelt- Energie- und Verkehrsausschuss der Stadt Norden vorzustellen.

Aus der Sicht der Verwaltung sollte dem Wunsch der Initiatoren, den Sachstand ihrer Arbeit im Umwelt- Energie- und Verkehrsausschuss vorstellen zu dürfen, gefolgt werden. Die Herren Müller und Kaiser werden in der Ausschusssitzung entsprechend vortragen.

Herr Müller, Vorsitzender der AG SPD 60 plus, stellt die Initiative Mitfahrerbank vor. Er erklärt, dass auch die Fraktionen und der Beirat für Senioren und Menschen mit Behinderungen bereits über das Thema informiert wurden. Bundesweit sind ca. 400 Mitfahrerbanken in Betrieb.

Ratsfrau Kolbe möchte wissen, ob es sich bei der Initiative um einen Verein handelt.

Herr Müller erklärt, dass man keine Organisation gründen, sondern das Projekt lediglich anschieben und begleiten wolle. Ggf. eingehende Spendengelder würden an die Stadt weitergegeben.

Ratsherr Janssen möchte wissen, ob sich die Personenbeförderer der Region (Taxen-, Mietwagen-, Busunternehmen) zu dem Thema geäußert haben.

Herr Müller verneint das. Er vertritt die Auffassung, dass durch die Mitfahrerbanken eine andere Klientel angesprochen wird.

Ratsfrau Beyer befürchtet, dass die Mitfahrerbanken insbesondere wegen bestehender Sicherheitsbedenken nicht angenommen werden.

Herr Müller antwortet, dass Mitfahrerbanken in kleineren Städten eher angenommen werden, da es dort nicht so anonym zugeht.

Ratsfrau Beyer möchte wissen, ob es versicherungsrechtliche Bedenken gibt.

Herr Müller erwidert, dass die Insassenversicherung einspringt, wenn die Person kostenlos mitgenommen wurde.

Da es in der Region kaum ÖPNV gibt, kann sich Ratsherr Wimberg die Mitfahrerbank als sinnvolle Ergänzung vorstellen.

Ratsfrau Behnke möchte wissen, ob von denjenigen, die Mitfahrgelegenheiten anbieten, Daten, z. B. das Autokennzeichen, erhoben werden.

Herr Müller antwortet, dass es dazu noch keine Entscheidung gibt.

Vorsitzender Julius bedankt sich bei Herrn Müller für den Vortrag.

**Der Ausschuss nimmt Kenntnis.**

**zu 10 Straßenerhaltung in der Stadt Norden;  
Sanierung von Fahrbahnoberflächen an Gemeindestraßen  
0406/2018/3.3**

**Sach- und Rechtslage:**

In der Stadt Norden befinden sich einige Gemeindestraßen in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Oberflächlich brechen erhebliche Bereiche aus und es kommt vermehrt zur Bildung starker Schlaglöcher. Durch die Technischen Dienste der Stadt Norden werden diese Gefahrstellen nach Auftrag durch den Fachdienst 3.3 -Umwelt und Verkehr- üblicherweise mit Kaltmischgut aufgefüllt und damit die Gefahrstellen beseitigt. Im Rahmen der wiederkehrenden Streckenkontrollen des Fachdienstes 3.3 steigt der Unterhaltungsaufwand zur Abwehr

der Gefahren für unsere Verkehrsteilnehmer in den Herbst- und Wintermonaten erheblich an. Das Kaltmischgut bricht bei nasser- und kalter Witterung erheblich schneller wieder aus und führt in den überwiegenden Fällen zu einer weiteren Verschlechterung der punktuellen Schadstellen. Der materielle, wie aber auch personelle Aufwand zur Kontrolle und Beseitigung der unmittelbaren Gefahren für Rad- und Kraftfahrzeugfahrer, wie aber auch Fußgänger, ist erheblich.

Zum Teil kann die Verkehrssicherheit kaum mehr gewährleistet werden. Aus diesem Grund mussten Straßenabschnitte voll gesperrt werden. Dies führt zu großem Unmut in der Bevölkerung, da zum Teil erhebliche Umwege gegangen oder gefahren werden müssen.

Aktuell mussten im Dezember 2017 sowohl ein Streckenabschnitt der Straße Mahnland, wie aber auch ein Teil des Looger Weges voll gesperrt werden.

Als mögliche Alternative zu einem Ausbau können in Abschnitten die Reparatur mit einer etwa 4 cm starken Asphaltsschicht nach vorgeschaltetem Fräsen und Anspritzen mit bituminösem Bindemittel als mittelfristige Lösung dienen. Deutlich zu machen ist, dass sich bei dieser Art der Verbesserung der Oberfläche lediglich um Unterhaltungsmaßnahmen handelt, die zeitlich begrenzt einen Oberflächenzustand gewährleisten soll, dass Verkehrsteilnehmer gefahrlos wieder diese Straßen und Wege nutzen können. Diese wären Maßnahmen, die aus dem Unterhaltungsbudget gezahlt würden und nicht zu Straßenausbaubeiträgen bei den Anliegern führen würden.

Eine Maßnahme dieser Art wurde am Wurzeldeich durchgeführt und hat sich bis jetzt bewährt.

Seitens der Verwaltung ist vorgesehen diese Unterhaltungsmaßnahmen bei den nachfolgend aufgelisteten Straßen umzusetzen.

Herr Kumstel erläutert die Sach- und Rechtslage.

Ratsherr Wimberg möchte wissen, warum vorrangig Straßen im Außenbereich saniert werden sollen, wo doch auch im Stadtgebiet einige Straßen sehr marode sind.

Herr Kumstel antwortet, dass ausschlaggebend ausschließlich der Straßenzustand ist. Es geht darum, bereits erfolgte Straßensperrungen aufzuheben bzw. weitere Sperrungen zu verhindern.

Ratsfrau Ippen weist auf Fotos vom Schulweg hin, die sie heute an die Ausschussmitglieder und die Verwaltung verschickt hat. Sie bezeichnet den Straßenzustand als katastrophal.

Ratsfrau van Gerpen ist erstaunt darüber, dass in der Gewerbestraße nur der südliche Teil saniert werden soll, obwohl der nördliche Teil auch in einem mangelhaften Zustand ist.

Herr Kumstel antwortet, dass es bzgl. der nördlichen Teilstrecke bereits einen Ausbaubeschluss gibt. Die Mittel werden für 2018 eingestellt. Vorab sind jedoch noch Kanalarbeiten erforderlich.

Unter Hinweis auf die Haushaltsberatungen erklärt Ratsherr Wimberg, dass es hier nur um das Allernotwendigste geht und weiterhin erheblicher Sanierungsbedarf besteht. Seines Erachtens würde eine Erhöhung der Haushaltsansätze jedoch nichts bringen, da nicht ausreichend Personal vorhanden ist. Er möchte von der Verwaltung wissen, ob Outsourcing eine Lösung ist.

Herr Kumstel erwidert, dass für den Haushalt bereits Mittel für Planungsarbeiten in Fremdleistung angemeldet wurden. Allerdings muss für jede Maßnahme 30 % Personal für Planungsleistungen vorgehalten werden. Im Übrigen sind die Ing.-Büros derzeit ebenfalls überlastet.

Vorsitzender Julius hält für die Straße Mahnland eine Einbahnregelung für sinnvoll. Zum einen ist der Unterbau sehr schlecht und zum anderen werden durch den Begegnungsverkehr die Seitenstreifen immer wieder in Mitleidenschaft gezogen.

Ratsfrau Kolbe könnte sich dort auch eine reine Anliegerstraße vorstellen.

Ratsfrau Kolbe gibt die Bitte eines Bürgers weiter, auf der Ostseite der Gewerbestraße einen Angebotsstreifen für Fahrradfahrer zu schaffen.

Herr Wiske erklärt, dass das bereits angedacht ist. Aufgrund der Aufkantungen etc. kann die Maßnahme jedoch erst im Zuge der Erneuerung der Straße umgesetzt werden.

Es ergeht folgende Beschlussempfehlung:

**Der Ausschuss stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen, die Fahrbahnoberflächen der Straßen Mahnland, Looger Weg, Wurzeldeich, Schulweg, Gewerbestraße, Pekelheringer Weg und Große Mühlenstraße in den vorgestellten Abschnitten mit einer Asphaltsschicht auf den vorhandenen Unterbauten zu reparieren, zu.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>9</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

**zu 11 Haushalt 2018; Teilhaushalt 3 für die Produkte des FD 3.3 - Umwelt und Verkehr  
0415/2018/3.3**

**Sach- und Rechtslage:**

Der Umwelt-, Energie-, und Verkehrsausschuss ist im Rahmen des Teilhaushalts 3 zuständig für die Beratung der Produkte des Fachdienstes 3.3 – Umwelt und Verkehr.

Die Produkte des Teilhaushalts 3 – Fachdienst 3.3 – sind im Entwurf zum Haushalt 2018 auf den Seiten 163 bis 175 dargestellt.

Der Entwurf zum Haushalt 2018 (Stand: 11.01.2018) ist im Ratsinformationssystem eingestellt.

Ratsfrau van Gerpen möchte wissen, warum der Ansatz „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ im Produkt Planung und Bewirtschaftung von Grünflächen um 200.000 € erhöht wurde.

Herr Kumstel erläutert, dass es auf folgenden Gründen zu Mehraufwendungen kommt:

- Zugang Grünflächen
- Fehlende 1€-Kräfte
- Kosten Baumkataster
- Kosten für Baumkontrollen durch Externe.

Ratsfrau Kolbe weist darauf hin, dass ihre Fraktion einen Antrag gestellt hat, wonach die Straßenreinigung auch ohne Gegenfinanzierung durch Gebühren weitergeführt werden soll. Die entsprechenden Kosten sollen im Haushalt ausgewiesen werden.

Sie kritisiert, dass bei einem derzeit verbleibenden Viertel der Straßenreinigung ein Personalaufwand von 67.600 €, somit ein Drittel der Gesamtkosten, ausgewiesen wird. Sie bittet zu prüfen, ob Verwaltungskosten eingespart werden können und aus welchem Grunde Überschüsse aus 2016 nicht gutgeschrieben wurden.

Im Übrigen ist es ihres Erachtens nicht zumutbar, die Straßenreinigung den Anliegern zu über-

tragen.

Herr Kumstel weist darauf hin, dass auch bisher bereits ca. 50 % der Straßen in Norden von den Anliegern gereinigt werden mussten. Er kann darin keine unzumutbare Belastung erkennen, zumal die stark frequentierten Straßen auch weiterhin gereinigt werden.

Ziel ist es, ab 2019 wieder rechtssicher Straßenreinigungsgebühren erheben zu können. Der Verwaltungsaufwand für die Ermittlung der Grundlagen ist erheblich und bindet daher Personal.

Ratsfrau Kolbe antwortet, dass diese Datenermittlung eine allgemeine Verwaltungsaufgabe ist und nicht den Kosten der Straßenreinigung zugeschlagen werden kann.

Ratsherr Wimberg ist der Auffassung, dass der Antrag der Grünen zu spät kommt. Man habe im Rat einen Beschluss gefasst und daran solle man sich halten und keine Rückholdiskussion führen.

Bürgermeister Schmelzle erklärt, dass der Antrag der Grünen im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Diskussion gestellt wird. Die Stadt wollte und sollte nicht mit einer rechtlich unsicheren Satzung arbeiten.

Auf Nachfrage von Bürgermeister Schmelzle erläutert Herr Kumstel, dass für die Bürger noch ein Informationsblatt erarbeitet wird, das dem nächsten Steuerbescheid beigelegt wird.

Ratsfrau van Gerpen weist darauf hin, dass die Liste der Haushaltsreste noch fehlt. Sie bittet, diese kurzfristig nachzureichen. Weiterhin beantragt Sie, den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussfassung in den Verwaltungsausschuss zu schieben.

Es ergeht folgender Beschluss:

**Der Tagesordnungspunkt wird ohne Beschlussempfehlung weitergeleitet.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>9</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

**zu 12 Benennung von Straßen, Wegen, Brücken und Plätzen;  
Zuwegung zum Parkfriedhof Zingel  
0404/2017/3.3**

**Sach- und Rechtslage:**

Während eines Gesprächstermins mit dem Verwaltungsvorstand, der Fachdienstleitung „Bürgerdienste und Sicherheit“ und einem Vertreter der „Heinz-und-Edith-Samson-Stiftung“, fragte dieser an, ob es möglich sei, einen Platz, eine Straße oder sonstige Verkehrsfläche nach dem Familiennamen der Stiftungsgeber zu benennen.

Die Anfrage hat der Fachdienst „Bürgerdienste und Sicherheit“ aufgenommen und geprüft. Als Möglichkeit einer Benennung hat der Fachdienst nunmehr die Allee von der Einmündung am Zingel/Eselspfad bis Friedhofskapelle vorgeschlagen (siehe eingezeichnete Fläche auf dem beigefügten Luftbild).

Es wurde berücksichtigt, dass durch die Familie Samson seit vielen Jahren – über die von ihr

gegründete Stiftung – ein Großteil der Unterhaltungskosten für den jüdischen Friedhof aufgebracht werden. Darüber hinaus gab es wiederholt namhafte Spenden für Einzelprojekte, wie z. B. für die Aufbereitung der alten Grabmale auf dem jüdischen Friedhof. Auch hat Heinz Samson mit seiner Initiative das sog. „Stolperstein-Projekt“ in Gang gebracht. Leider ist Heinz Samson kurz vor der Einbringung des allerersten Stolpersteins verstorben.

Die vorgeschlagene Verkehrsfläche liegt entlang einer Teilfläche des jüdischen Friedhofs. Eine Benennung dieser Wegefläche in „Samson-Allee“ würde damit einen räumlichen Bezug zu den Anliegen der Familie Samson als Stiftungsgeber haben, in Norden die Erinnerung an die Vergangenheit lebendig zu halten.

Zudem gab es von der Familie Samson/der „Heinz-und-Edith-Samson-Stiftung“ anderweitige namhafte Spenden, die der Allgemeinheit in der Stadt Norden zugutekamen.

Herr Kumstel erläutert die Sach- und Rechtslage.

Ratsfrau Kolbe möchte wissen, ob der Stifter mit der Benennung einverstanden ist. Es findet nach Ihrer Ansicht keine ausreichende Würdigung statt, da lediglich der Nachname Verwendung findet und mit diesem Weg keine Adresse verbunden ist.

Bürgermeister Schmelzle erklärt, dass er am Gespräch mit der Samson-Stiftung teilgenommen hat. Herr Heinz Samson sei zwischenzeitlich verstorben. In der Hauptsache sei es um die Verwendung des Familienamens gegangen. Die Benennung findet die Zustimmung der Familie Samson, da es sich bei dem Weg um eine schöne Allee in direkter Nähe zum jüdischen Friedhof handelt.

Herr Kumstel fügt ergänzend hinzu, dass an dem Straßenschild zusätzliche Informationen zur Familie Samson angebracht werden.

Es ergeht folgende Beschlussempfehlung:

**Die Zuwegung zum Parkfriedhof Zingel erhält die Bezeichnung „Samson-Allee“.**

<b>Stimmergebnis:</b>	<b>Ja-Stimmen:</b>	<b>9</b>
	<b>Nein-Stimmen:</b>	<b>0</b>
	<b>Enthaltungen:</b>	<b>0</b>

#### **zu 13 Dringlichkeitsanträge**

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

#### **zu 14 Anfragen, Wünsche und Anregungen**

Es werden keine Anfragen, Wünsche und Anregungen vorgetragen.

**zu 15 Durchführung der Einwohnerfragestunde 2. Teil**

Herr Peter Janssen, Ekeler Weg 24, möchte Folgendes wissen:

- Der Ausbau des Ekeler Weges sollte bereits 2017 erfolgen. Wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen?
- Ich pflege den Grün-/Uferstreifen vor meinem Grundstück. Zum Schutz vor dem Überfahren der Grünfläche wurden dort seitens des Straßenbauamtes Leitpfosten aufgestellt. Warum wurden diese von der Stadt wieder entfernt? Der Seitenstreifen wird nun überfahren und ist in einem desolaten Zustand.

Herr Kumstel antwortet:

- Im Ekeler Weg waren vorab Kanalarbeiten erforderlich. Sobald diese abgeschlossen sind und passendes Wetter herrscht, wird mit den Arbeiten begonnen.
- Leitpfosten sind nur an klassifizierten Straßen zulässig. Der Ekeler Weg ist jedoch Gemeindestraße, so dass die Pfosten zu entfernen waren.

**zu 16 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)**

Ratsfrau Beyer verlässt die Sitzung um 18.22 Uhr.

Gleichzeitig schließt Vorsitzender Julius die öffentliche Sitzung.

Der Vorsitzende

Der Bürgermeister

Die Protokollführerin

gez.

gez.

gez.

- Julius -

- Schmelzle -

- Swyter -